

PFLEGE POSITIONEN

Der Newsletter des DPR 12 | 2010



Editorial

Flickschusterei statt intelligenter Lösung

Der Pflegewissenschaftler Dr. Andreas Büscher hat mit einem einzigen Satz die Situation der Pflege in Deutschland trefflich zusammengefasst: „Es ist zu wenig Geld da, es ist zu wenig Personal da und die, die Pflege brauchen, werden immer mehr.“ Der Fachkräftemangel betrifft Kliniken wie Pflegeheime. Um das Problem zu lösen, brauchen wir intelligente Lösungen. Entschieden tritt der Deutsche Pflegerat (DPR) indes Plänen des Hamburger Senats und jüngsten Vorschlägen des Arbeitgeberverbands Pflege entgegen, mit der die Qualifikation der Pflegenden gesenkt werden soll, um dem Mangel zu begegnen. Damit aber wird lediglich vor dem Fachkräftemangel kapituliert, vor dem wir Berufsverbände seit Jahren warnen. Die Anforderungen an eine qualitätsgesicherte Pflege fallen bei solchen „Lösungsansätzen“ völlig unter den Tisch. Immer noch herrscht wohl die Auffassung: „Alte Leute pflegen, das kann doch jeder.“ Das ist Nonsens. Nach jahrelanger Untätigkeit wird nun mit Flickschusterei von dem eigentlichen Problem abgelenkt: unerträgliche Arbeitsbedingungen, die eine würdige, dem Stand der Wissenschaft entsprechende Pflege unmöglich machen. Das ist es, was viele Pflegekräfte aus dem Beruf vertreibt und sie verzweifeln lässt. Wir meinen: Eine volkswirtschaftliche Verschwendung ohne Gleichen! Politik und Selbstverwaltung müssen für einen Kurswechsel in der Bekämpfung des Personalmangels in der Pflege sorgen, damit gute Versorgungsqualität sichergestellt wird.

Ricarda Klein

Vize-Präsidentin DPR

Geschäftsführerin im VPU und Mitglied des Vorstands

Im Focus

Dialog mit Rösler

— Bundesgesundheitsminister Philipp Rösler (FDP) will gemeinsam mit hochrangigen Vertretern der Pflegeverbände und Pflegekassen sowie Experten aus den Bereichen Altenpflege und Verbraucherschutz über drängende Probleme in der Pflege sprechen. Rösler hat dazu für den 7. Dezember zu einer „Dialogveranstaltung“ in sein Ministerium geladen.

Der Deutsche Pflegerat (DPR), der die Bundesregierung zuletzt mehrfach aufgerufen hatte, sich endlich des Themas Pflege anzunehmen, sieht in dem Treffen einen „wichtigen Meilenstein“, um Antworten auf den Fachkräftemangel und die Frage der Nachwuchssicherung in der Pflege zu erarbeiten. „Es ist ein drängendes Problem und deshalb bin ich zufrieden, dass das Ministerium mit den Experten bespricht, wie wir mit der Krise der Pflegeberufe umgehen wollen“, erklärte DPR-Präsident Andreas Westerfellhaus, der an den Gesprächen mit Rösler teilnehmen wird.

„Jetzt ist von allen Beteiligten ein konstruktives Mitarbeiten gefragt – mit substanzloser Kritik kommen wir nicht weiter.“ Neben Fragen zur Nachwuchsgewinnung müsse die „Arbeits-situation und Weiterentwicklung der Pflegeberufe“ Bestandteil des Gesprächs bei Rösler sein, so Westerfellhaus. Er verwies in diesem Zusammenhang auf eine Zusicherung sowohl von Bundesminister Rösler als auch dessen Parlamentarischer Staatssekretärin Annette Widmann-Mauz. Beide hätten zugesichert, so der DPR-Chef, dass ein Gesamtfahrplan für das Jahr 2011 für die Pflegeberufe in Arbeit sei und auch umgesetzt werde.

www.deutscher-pflegerat.de

Neue Hochschule für Gesundheit in Bochum Glück auf, Gesundheit!

Im September wurde in Bochum die erste staatliche Hochschule für Gesundheit in Deutschland eröffnet. Studierende können sich dort in den Studiengängen Ergotherapie, Hebammenkunde, Logopädie, Pflege oder Physiotherapie einschreiben.

➔ Mit ihrem einzigartigen Studienangebot leistet die Hochschule für Gesundheit in Deutschland echte Pionierarbeit. Erstmals kann an dieser Modellhochschule ein grundständiges, primär qualifizierendes Studium in einem von fünf Gesundheitsberufen mit dem Abschluss „Bachelor of Science“ studiert werden. Auch das gemeinsame, fächerübergreifende Lernen von Anfang an wird ein Aushängeschild der Hochschule werden und damit den Ansatz von Interdisziplinarität bereits im Studium umsetzen. Neben einem Kerncurriculum erwerben die Studierenden die Voraussetzung zur entsprechenden Berufszulassung parallel zum Studium.

„Dies ist bisher in der vorliegenden Form noch nicht umgesetzt worden“, sagt Michael Breuckmann, Vorsitzender des Bundesverband Lehrende Gesundheit- und Sozialberufe (BLGS) und Mitglied im Deutschen Pflegerat (DPR). „Für uns ist damit ein entscheidender Schritt in die akademische Qualifikation der Fachberufe im Gesundheitswesen erreicht“.

Zur Umsetzung der gesetzlichen Grundlagen erhalten die Studierenden bei einem der verschiedenen Kooperationspartner der Hochschule einen Praktikums- beziehungsweise Ausbildungsplatz an einer Klinik, in einer Praxis oder in anderen Gesundheitsbereichen. Die Hochschule ermöglicht damit ihren Absolventen, nach sieben beziehungsweise acht Semestern zwei Abschlüsse auf einem hohen wissenschaftlichen Niveau zu erlangen.

Dieses Verfahren wird in Fachkreisen durchaus kritisch betrachtet, da die Sorge besteht, das Ausbildungsplätze bei bisherigen Trägern wegfallen. Nach Aussagen des verantwortlichen Ministeriums sind die Studienplätze aber zusätzlich bewilligt worden. „Dies ist zur Sicherung von Arbeitsplätzen in den traditionellen Ausbildungseinrichtungen eine wichtige Aussage“, betont Breuckmann.

Im Studiengang Pflege zum Bachelor of Science

Im grundständigen Studiengang Pflege werden die Studierenden in sieben Semestern zum Bachelor of Science ausgebildet. Die Nachfrage nach professionellen Dienstleistungen im Pflege- und Gesundheitsbereich wird weiter zunehmen, gleichzeitig wird sich das Spektrum pflegerischer Arbeit stetig erweitern. Denn nicht nur in den Kernbereichen – Krankenhäusern, Altenpflegeheimen und ambulanten Pflegediensten – werden hoch qualifizierte Fachkräfte benötigt. Auch die Beratung von Patienten/innen und pflegenden Angehörigen, die Qualifizierung von Mitarbeitern/innen, die Arbeit in Hospizen oder die Planung und Vernetzung von Gesundheits- und Pflegeleistungen werden zukünftige Aufgabenfelder der Absolventen sein. Ziel des Bachelorstudiengangs „Pflege“ ist die Befähigung zu wissenschaftlich fundiertem Arbeiten und einer reflektierten theoriegeleiteten Anwendung in pflegepraktischen Handlungsfeldern.

Ausbildung in der Altenpflege plus Studium, ist das sinnvoll? „Auf jeden Fall, denn das Studium befähigt die Hochschulabsolventen zum Beispiel an Konzepten für die zukünftige Altenpflege mit zu arbeiten. Sie werden Modelle für eine verbesserte Lebens- und Pflegequalität entwickeln können“, hebt die Bochumer Gerontologin Prof. Dr. Marion Menke die großen Chancen hervor, die sich durch das Studium ergeben. Studierte Altenpfleger/-innen werden in Beratungsstellen benötigt, und im ambulanten und stationären Bereich. Das Studium ist ein Vollzeitstudium und so gegliedert, dass sich Theoriephasen an der Hochschule und praktische Ausbildung abwechseln. Nach bestandem Examen mit staatlicher Prüfung zur/zum Gesundheits- und Krankenpfleger/-in oder Kinderkrankenpfleger/in oder zum/zur Altenpfleger/in erhalten die Studierenden die Berufsbezeichnung und damit die Berufszulassung. „Wir wollen damit neue und andere Horizonte öffnen“, so Studiengangsleiter Prof. Dr. Andreas Lauterbach. Für die Zukunft plant die Hochschule für Gesundheit Weiterbildungsangebote, aufbauende Masterstudiengänge sowie die Möglichkeiten der Promotion.

Studiengang Hebammenwesen

Im Zentrum der Arbeit einer Hebamme steht vor allem, die Gesundheit von Mutter und Kind zu erhalten und zu stärken. Die Ausbildung soll dazu befähigen, Frauen während der Schwangerschaft fachkundig zu begleiten und zu unterstützen, normale Geburten zu leiten, Komplikationen frühzeitig zu erkennen, die Mutter und ihr neugeborenes Kind zu versorgen, den Wochenbettverlauf zu überwachen



Durch die Akademisierung wird es den Absolventinnen und Absolventen möglich werden, ihr Fach wissenschaftlich zu untermauern und international arbeiten zu können.

und entsprechende Dokumentationen anzufertigen. Durch die Akademisierung soll es den Absolventinnen und Absolventen möglich werden, ihr Fach auch wissenschaftlich zu untermauern und international arbeiten zu können.

Studium der Physiotherapie, der Ergotherapie und der Logopädie

In den kommenden Jahrzehnten wird sich das Gesundheitswesen infolge des demografischen Wandels, der Zunahme an chronischen und komplexen Erkrankungen sowie dem Wandel von Lebensstil und Lebensformen verändern. Die Möglichkeit, sein Leben weitgehend selbstständig und mit einer hohen Lebensqualität zu gestalten, gehört zu den Grundbedürfnissen des Menschen und bildet eine zentrale Grundlage für therapeutische Berufe. Stärker in den Mittelpunkt treten müssen auch Konzepte der Prävention und Gesundheitsförderung. Hieraus ergeben sich neue Tätigkeitsfelder mit wachsendem und komplexem Verantwortungsprofil. Ziel des Bachelorstudiengangs in den therapeutischen Berufen ist es, Stu-

dierende theoretisch und praktisch auf diese zukünftigen Tätigkeitsfelder vorzubereiten. Das Studium vermittelt dafür die notwendigen Grundlagen, Fachkenntnisse, Fertigkeiten und Methoden. Die Studierenden werden befähigt, eigenverantwortlich therapeutisch zu handeln und kritisch wissenschaftliche Erkenntnisse zu generieren und zu reflektieren.

Gesundheitsstandort NRW

Sechs Monate hatten Architekten und ausführende Firmen Zeit, den Umbau- und Erweiterungsbau des ehemaligen Bürogebäudes der Bundesknappschaft in ein modernes Hochschulgebäude zu verwandeln. „Es wird eine Punktlandung!“ so umriss der Vizepräsident der neuen Hochschule für Gesundheit, Werner Brüning, die Situation. Neben Brandschutzauflagen waren im Innern des Gebäudes umfangreiche Umbauten notwendig. So mussten Hörsäle geschaffen und für die einzelnen Studiengänge individuelle Raumbedarfe entwickelt werden. Die Ergotherapie benötigte zum Beispiel für ihre Seminare einen Raum, der wie

die Wohnung eines älteren Menschen eingerichtet ist. Und für den Studiengang Logopädie wurde eine Lehr- und Forschungsambulanz eingerichtet. Die Pflegestudierenden benötigen zudem spezielle Kranken- oder Intensivbetten sowie diverse Materialien und Geräte.

Für den zukünftigen Betrieb der Hochschule wird jedoch die dreifache Fläche benötigt. Daher ist es ausdrücklich zu begrüßen, dass das Landeskabinett NRW beschlossen hat, an der Errichtung des Gesundheitscampus Nordrhein-Westfalen in Bochum im Grundsatz festzuhalten. „Die neue Landesregierung, sorgt dafür, dass der Gesundheitscampus zu einem sichtbaren Zeichen des Fortschritts und Umdenkens wird“, so NRW-Gesundheitsministerin Barbara Steffens. Damit ist auch die politische Entscheidung getroffen, NRW als Gesundheitsstandort mit einer eigenen Hochschule, entgegen der Auffassung aus Teilen der Ärzteschaft, weiter zu festigen. ■

Informationen:
www.fh-gesundheit.de

Pflege-TÜV

Politik macht Druck

■ In der Koalition wächst die Verärgerung darüber, dass die Nachbesserungen am „Pflege-TÜV“ für die rund 22.000 stationären und ambulanten Pflegeeinrichtungen in Deutschland nicht vorankommen. „Ich bin stocksauer, was da in der Selbstverwaltung abläuft“, sagte der Patientenbeauftragte der Bundesregierung, Wolfgang Zöllner (CSU), bei den „Rosenthaler Gesprächen“ des AOK-Bundesverbandes. Pflegekassen und -anbieter seien offenbar nicht in der Lage, „offensichtliche Fehler“ des Pflege-TÜV auszubügeln, kritisierte Zöllner. Legten beide Seiten nicht in Kürze ein schlüssiges Konzept auf den Tisch, wie sie die bei Patienten- und Verbraucherschützern seit langem schon umstrittene Vergabe von Pflegenoten für die Einrichtungen nachbessern wollten, werde die Politik die Sache in die Hand nehmen. Der Pflege-TÜV, bei dem die Qualität von Einrichtungen vom MDK mit Schulnoten von 1 bis 5 bewertet wird, steht seit Monaten in der Kritik. Bemängelt wird vor allem, dass die Pflegequalität in der Gesamtnote nicht hinreichend abgebildet wird. Hübsche Bewohnerzimmer oder bunte Speisepläne in einem Heim führten dazu, dass schlechte Noten für die Kernbereiche „Pflegequalität“ und „Medizinische Versorgung“ verschleiert würden. Am Ende erhalte ein Heim eine traumhafte Gesamtnote, obwohl Einzelnoten schlecht seien und eklatante Pflegemängel herrschten. ■

Impressum

Herausgeber: Deutscher Pflegerat (DPR) – Bundesarbeitsgemeinschaft Pflege- und Hebammenwesen, Salzufer 6, 10587 Berlin („Haus der Gesundheitsberufe“), Tel.: 030 21915757, Fax: 030 21915777, www.deutscher-pflegerat.de

Redaktion: Thomas Hommel; „PflegePositionen“ ist eine regelmäßige Beilage in **Heilberufe** – Das Pflegemagazin
Chefredakteurin: Katja Kupfer-Geißler (verantwortlich), Heidelberg Platz 3, 14197 Berlin, Tel.: 030 82787 5500, Fax: 030 82787 5505, www.heilberufe-online.de

Verlag: Springer Medizin | Urban & Vogel GmbH
Aschauer Str. 30, 81549 München, Tel.: 089 203043-1300
Fax: 089 203043-1399, www.urban-vogel.de

Pflegeprotest Zehntausende „Gelbe Karten“ verschickt

Der Deutsche Berufsverband für Pflegeberufe (DBfK) – Gründungsmitglied des Deutschen Pflegerates – hat eine positive Bilanz seiner bundesweiten Protestaktion „Gelbe Karte für die Bundeskanzlerin“ gezogen.



Der DBfK hatte die Aktion am 1. November gestartet. Pflegefachkräfte, Patienten, Angehörige, Heimbewohner und besorgte Bürger waren einen Monat lang aufgerufen, Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und ihrer Regierungsmannschaft „für verfehlte Gesundheits- und Pflegepolitik“ demonstrativ die „Gelbe Karte“ zu zeigen. Anlässe für die Protestaktion, so DBfK-Bundesgeschäftsführer Franz Wagner, seien die desolate Situation in vielen Bereichen der Pflege, zunehmende Versorgungsmängel und unmenschliche Arbeitsbedingungen für die beruflich Pflegenden in Deutschland. Die Karten konnten per Post oder als eCards an das Bundeskanzleramt verschickt werden.

Positive Resonanz in der Bevölkerung

Die Aktion „Gelbe Karte“ sei bundesweit auf „große und enorm positive Resonanz in der Bevölkerung“ gestoßen, betonte Wagner. Neben den Pflegenden und Pflegeberufsverbänden sei die Aktion von vielen Selbsthilfegruppen, Bürgerinitiativen, Politikern der Oppositionsparteien, Landesfrauenräten, anderen Berufsgruppen im Gesundheitswesen und tausenden Privatpersonen unterstützt worden.

Da Frau Merkel als Kanzlerin die „Richtlinienkompetenz“ in der Regierung habe, sei sie auch „Hauptadressatin“ der Protestnot. Die Ankündigungen von Gesundheitsminister Philipp Rösler (FDP), sich den Problemen der Pflege zu widmen, bewertete

Wagner skeptisch. „Das hören wir seit einem Jahr – passiert ist bislang wenig.“ Nichtsdestotrotz setze er auf die für Anfang Dezember angesetzte Gesprächsrunde zu Pflegepersonal-mangel und Nachwuchssicherung im Bundesgesundheitsministerium.

Kritik des Arbeitgeberverbands

Kritik des Arbeitgeberverbands Pflege, der die Aktion „Gelbe Karte“ als polemisch und populistisch bezeichnet hatte, wies Wagner entschieden zurück. „Diese Arbeitgeber verkennen oder ignorieren, dass die Pflegefachkräfte nicht nur der Bundesregierung, sondern vielfach auch den auf Unternehmerseite Verantwortlichen die Gelbe Karte zeigen.“

Die Rückmeldungen, die den DBfK täglich erreichten und auch bei Facebook im Internet nachzulesen seien, zeigten dies überdeutlich. „Seit Jahren lässt man vor allem in den Kliniken das ständig steigende Arbeitsaufkommen nahezu ausschließlich von den Pflegenden kompensieren. Verbreitet wird dabei gegen geltendes Arbeitsrecht verstoßen und werden Arbeitsschutzbestimmungen ausgehebelt“, kritisierte Wagner. Hier seien die staatlichen Aufsichtsbehörden gefordert. ■

■ **Weitere Informationen:**
www.dbfk.de